

## Allgemeine Anträge

**zum Mitglieder-Bezirksparteitag am 29. Oktober 2016 in Schliengen**

---

1 **Antrag Nr. 1 Antragssteller: CDU-Sozialausschüsse Südbaden/ Christlich-Demokratische-**  
2 **Arbeitnehmerschaft**

3  
4 **Betrifft: Keine Erhöhung der Grunderwerbssteuer**

5  
6 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden möge beschließen:

7  
8 Die CDU Südbaden spricht sich gegen eine erneute Erhöhung der Grunderwerbssteuer aus. Die CDU-  
9 Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg wird aufgefordert, sich für die Beibehaltung des bis-  
10 herigen Grunderwerbssteuersatzes einzusetzen.

11 Begründung:

12 Durch die Grün-Rote Koalition 2011-2016 in Baden-Württemberg wurde die Grunderwerbssteuer um  
13 einen Prozentpunkt angehoben. Damals gegen den Protest der CDU. Aus Regierungskreisen der  
14 neuen nach der Landtagswahl 2016 gebildeten Koalition von Grünen und der CDU kommt der Vor-  
15 schlag, diese um weitere 1,5 Prozentpunkte anzuheben.

16 Die Folgen für Mieter, Einelternfamilien, Familien und Senioren sind erhöhte Mieten bei neu erstellten  
17 Wohnungen, Familienheimen, Seniorenheimen etc. und treffen sozial schwache Bürger. Junge Fami-  
18 lien werden beim Kauf einer Immobilie noch stärker belastet, als dies bereits jetzt geschieht. Mit die-  
19 ser Erhöhung wird ihnen im Einzelfall die Möglichkeit genommen, dass sie einen Baukredit erhalten.  
20 Gleichfalls wird mit einer Erhöhung der Grunderwerbssteuer, die sich auf den Kaufpreis einer Immo-  
21 bilie bezieht, der Markt weiter überhitzt. Mit sozialer Wohnungsbaupolitik hat dies wenig zu tun. An-  
22 gesichts der angespannten Situation am Wohnungsmarkt und der steigenden Immobilienpreise sollte  
23 der Staat diese Situation nicht durch Steuererhöhungen verschärfen, sondern vielmehr die Schaffung  
24 von Wohneigentum wie den Mietwohnungsbau besser fördern.

25  
26 Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

in geänderter Fassung

erledigt

Ablehnung

27  
28  
29 **Antrag Nr. 2 Antragssteller: CDU-Sozialausschüsse Südbaden/ Christlich-Demokratische-**  
30 **Arbeitnehmerschaft**

31  
32 **Betrifft: Steuerpolitik - Familien zuerst**

33  
34 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden möge beschließen:

35  
36 Die CDU Südbaden fordert bei der Festlegung von Prioritäten der CDU in der Steuerpolitik, vorrangig  
37 die von der Union seit langem zugesagte steuerliche Entlastung der Familien zu gewährleisten. Ange-  
38 sichts der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen des Staates soll jetzt möglichst bald der steu-  
39 erliche Grundfreibetrag für Kinder auf denjenigen von Erwachsenen angehoben werden. Für Familien,  
40 die von der steuerlichen Entlastung nicht profitieren können, ist das Kindergeld entsprechend anzu-  
41 heben.

45 Begründung:  
46 Im gemeinsamen Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 2013 heißt es: „Wir wer-  
47 den Ehe und Familie weiter stärken. Deshalb wollen wir das bestehende Ehegattensplitting erhalten  
48 und um ein Familiensplitting ergänzen. Dazu werden wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern  
49 schrittweise auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene anheben. Zudem werden wir das Kindergeld  
50 ebenso wie den Kinderzuschlag anheben.  
51 Die gute Entwicklung der Steuerreinnahmen sollte jetzt den Handlungsspielraum eröffnen, diese von  
52 der Union zugesagte Entlastung der Familien möglichst in einem Schritt umzusetzen.  
53

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

54  
55

56 **Antrag Nr. 3 Antragssteller: CDU-Sozialausschüsse Südbaden/ Christlich-Demokratische-**  
57 **Arbeitnehmerschaft**

58

59 **Betrifft: Kein Marktwirtschaftsstatus für China ohne Bedingungen**

60

61 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden möge beschließen:

62

63 1. Die CDU Südbaden unterstützt die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 12.05.2016  
64 gegen die bedingungslose Erteilung des Marktwirtschaftsstatus an China.

65

66 2. Die EU Kommission muss auch in Zukunft die Möglichkeit haben, gegen den Export der staatlich  
67 subventionierten chinesischen Überproduktion in die EU, mit Antidumpingmaßnahmen vorzugehen.

68

69 Begründung:

70 Nach den WTO-Regeln kann ein Land – zusätzlich zu den Zöllen – für Produkte aus Drittländern Anti-  
71 dumpingzölle verhängen, wenn eine Untersuchung zeigt, dass diese Produkte zu niedrigeren Preisen  
72 als den Inlandspreisen in das betreffende Land eingeführt werden und dadurch die lokale Wirtschaft  
73 schädigen. Als China im Dezember 2001 der WTO beiträt, wurde durch eine Übergangsregelung die  
74 Möglichkeit geschaffen, China in Antidumpingverfahren als Land ohne Marktwirtschaft (NME) zu  
75 behandeln, wenn chinesische Unternehmen nicht nachweisen können, dass sie nach marktwirtschaft-  
76 lichen Prinzipien tätig sind.

77

78 Aufgrund von Chinas derzeitigem NME-Status können bei der Berechnung der Dumpingspanne statt  
79 der (in NME durch staatliche Intervention künstlich niedrig gehaltenen) Inlandspreise die Preise eines  
80 Vergleichslands zugrunde gelegt werden.

81

82 Die Anwendung der NME-Methodik ist in Abschnitt 15 des Protokolls über den Beitritt Chinas zur  
83 WTO beschrieben, aber die Bestimmung 15(a)(ii) wird im Dezember 2016 auslaufen. Mit dem Auslau-  
84 fen dieser Bestimmung wird die Kommission gezwungen sein, die Methodik für die Entscheidung über  
85 die Vergleichbarkeit der Preise bei Antidumpingverfahren zu ändern.

86

87 Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit eine EntschlieÙung angenommen, in der die An-  
88 wendung einer von der Standardmethode abweichenden Methode gefordert wird, die im Einklang mit  
89 dem Protokoll über den WTO-Beitritt Chinas steht und zugleich die Schaffung eines wirksamen Rah-  
90 mens für freien und fairen Handel ermöglicht.

91

92 China hat in den letzten 15 Jahren ein noch nie da gewesenes Wachstum verzeichnet, das die globale  
93 industrielle und handelspolitische Landschaft verändert hat

94

95 Umfang und Geschwindigkeit des Wandels wurden weitgehend staatlich gelenkt. Laut Bericht der  
96 Weltbank hat der Staat über staatliche Verwaltungs- und Preiskontrollen, Bürgschaften, Kreditricht-  
97 linien, allgegenwärtige Eigentumsrechte an Finanzinstituten sowie ordnungspolitische Maßnahmen  
extensiv und direkt in die Verteilung der Ressourcen eingegriffen.

98 So hat Chinas zwischen 2011 und 2013 insgesamt 6,6 Mrd. t Zement verbraucht, mehr als die USA im  
99 gesamten 20. Jahrhundert (4,4 Mrd. t). Das bedeutet, dass China in drei Jahren so viel Zement ver-  
100 braucht hat, wie notwendig war, um die USA über ein Jahrhundert hinweg aufzubauen. Von der ineffi-  
101 zienten Nutzung von Ressourcen abgesehen wurden auch enorme Industriekapazitäten geschaffen,  
102 um in sehr kurzer Zeit eine solche Materialmenge bereitzustellen.

103  
104 China hat inzwischen begonnen, sein Modell auf ein stärker konsum- und dienstleistungsorientiertes  
105 Wachstum umzustellen. Die Industrie steht vor einem Abschwung, was bedeutet, dass ein erheblicher  
106 Teil der Produktion der chinesischen Schwerindustrie in China keine Abnehmer finden wird.

107  
108 Wie die Europäische Handelskammer in China berichtet, sind bereits erhebliche Überkapazitäten bei  
109 Rohstahl, Aluminium, Zement, Chemikalien, Schiffbau, Raffination, Flachglas, Papier und Pappe fest-  
110 zustellen.

111  
112 Laut WTO ist China mit einem Anteil von 18 % weltweit der größte Exporteur von Industrieerzeugnis-  
113 sen. Dieser Anteil hat seit 2010 um 20 % zugenommen. Im Lauf des Jahres 2014 sind die chinesischen  
114 Exporte um 6 % gestiegen, die der restlichen Welt hingegen nur um 3,5 %. Wenn man den Zeitraum  
115 2010-2014 betrachtet, war der Anstieg mit 49 % für China doppelt so hoch wie für den Rest der Welt.

116  
117 Nach den Daten von Chinas staatlichem Statistikamt war 2014 das stärkste Wachstum bei folgenden  
118 Produkten zu verzeichnen: Zink und Zinklegierungen (+2360 %), Baumwolle (+100 %), Koks (+82 %),  
119 Dioden und andere Halbleiter (+61 %) und Walzstahl (+50 %). Seit 2010 hat sich das Exportvolumen  
120 bei Baumwolle, Walzstahl und Dioden und anderen Halbleitern verdoppelt, bei Koks, Zink und Zink-  
121 legierungen sogar verdreifacht.

122  
123 Dieser Aufwärtstrend bei den Exporten wird in den nächsten Jahren voraussichtlich anhalten, da für  
124 China eine schrumpfende Binnennachfrage prognostiziert wird. Falls die handelspolitischen Schutzin-  
125 strumente (TDI) Europas erheblich schwächer sind als die unserer Handelspartner, könnten die derzei-  
126 tigen Exporte, die aus China in die NAFTA-Länder oder nach Japan gehen, in die EU umgelenkt wer-  
127 den.

128  
129 Dieses vom Export angetriebene Wachstumsmodell hat zu einem hohen Defizit von 137 Mrd. EUR  
130 (48,8 Mrd. EUR im Jahr 2000) in der Warenhandelsbilanz der EU geführt, die Importe der EU aus China  
131 sind doppelt so hoch wie ihre Exporte nach China.

132  
133 China hat bereits die Initiative „One Belt One Road“ („Neue Seidenstraße“) geplant, um für seine Ex-  
134 porte eine Lösung zu finden. Das Economic Policy Institute schätzt die Zahl der in der EU gefährdeten  
135 Arbeitsplätze auf 1,7 bis 3,5 Millionen.

136  
137 Antidumpingmaßnahmen müssen im Einklang mit dem EU-Recht und den internationalen Verträgen  
138 stehen. Wirksame handelspolitische Schutzinstrumente (TDI) gewährleisten einen fairen Wettbewerb.  
139 Sie sind notwendig, um die Zukunft der europäischen Industrie zu sichern und das Ziel zu unterstüt-  
140 zen, den Anteil der Industrie am BIP in der EU auf 20 % anzuheben.

141  
142

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

143

144

145 **Antrag Nr. 4 Antragssteller: CDU-Kreisverband Rottweil**

146

147 **Betrifft: Auflösung der Bezirksgeschäftsstellen in Baden-Württemberg**

148

149 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden möge beschließen:

150

151 Die Strukturen in der baden-württembergischen CDU umfasst eine 4-stufige Hierarchie aus lokalen  
152 Orts- bzw. Stadtverbänden, Kreisverbänden, 4 Bezirksverbänden und dem Landesverband. Wir plädie-  
153 ren dafür, die Struktur zu modernisieren und die Ebene der Bezirksgeschäftsstellen beim Landesver-  
154 band zu integrieren.

155  
156 Begründung:  
157 Vor dem Hintergrund der schwindenden Mitgliederzahlen einerseits – und effizienten Kommunika-  
158 tionsmitteln wie E-Mail, Internet usw. sind die Strukturen der Landes-CDU nicht mehr zeitgemäß.

159  
160 Durch das schlechte Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl 2016 verliert die Partei Einkünfte  
161 und muss die Strukturen auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus überdenken. Erhöhungen von  
162 Mitgliedsbeiträgen sind in Anbetracht des Mitgliederrückgangs nicht durchsetzbar. So sollte u. a. an  
163 den inneren Strukturen gespart werden, in dem die Bezirksgeschäftsstellen aufgelöst werden.

164  
165 Eine Verschlinkung der Strukturen trägt zu einer Beschleunigung der Prozesse bei und wäre politisch  
166 ein wichtiges Signal der inneren Erneuerung für die CDU in Baden-Württemberg.

167  
168 Bezirksvorstände und deren Aufgaben könnten dann vom der Landesgeschäftsstelle betreut werden.

169  
170 Andere Bundesländer haben den Schritt bereits umgesetzt und funktionieren problemlos mit den  
171 Strukturen der lokalen Orts- bzw. Stadtverbände, Kreisverbände und einem Landesverband.

172  
173

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

174  
175

176 **Antrag Nr. 5 Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

177  
178 **Betrifft: Ausweisung krimineller EU-Ausländer**

179  
180 Der CDU Bezirksparteitag möge beschließen,

181  
182 dass die CDU sich dafür einsetzt, dass auf deutscher und europäischer Ebene Rechtsgrundlagen ge-  
183 schaffen werden, die die Ausweisung krimineller EU-Ausländer erleichtern.

184  
185 Begründung:

186 Die deutschen Gefängnisse sind völlig überfüllt. Ein Großteil der einsitzenden Straftäter sind EU Aus-  
187 länder, die dem Ziel des deutschen Strafvollzugs, (Resozialisierung und Wiedereingliederung in die  
188 deutsche Gesellschaft) nicht gerecht werden. Oft stehen ihre Herkunft und ihr kultureller Hinter-  
189 grund dem entgegen. Ihre Inhaftierung stellt den deutschen Justizvollzug vor immer größere, fast  
190 unlösbare Probleme.

191 Um den Aufenthalt von zu Haftstrafen verurteilten EU-Bürgern leichter beenden zu können, müssen  
192 Rechtsgrundlagen geschaffen werden und bestehende Gesetze angewandt werden.

193  
194

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

195  
196  
197  
198  
199  
200

201 **Antrag Nr. 6 Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

202

203 **Betrifft: Umsetzung von Gesetzen**

204

205 Der CDU Bezirksparteitag möge beschließen,

206

207 dass die CDU sich dafür einsetzt, dass vorhandene Gesetze umgesetzt werden und die Umsetzung in  
208 den verschiedenen Ebenen besser kontrolliert wird.

209

210 Begründung:

211 Immer öfters ist ersichtlich, dass es in den verschiedensten politischen Feldern sehr ausgereifte Ge-  
212 setze gibt, die aber nicht zur Anwendung kommen, weil dies gerade in Behörden nicht mehr umge-  
213 setzt werden kann oder wird. Viel zu oft wird vergessen, dass das Entstehen eines Gesetzes sehr teuer  
214 ist. Viele Behörden arbeiten ineffektiv, oft mit zu viel Personal, mit zu wenig Kompetenz und uraltem  
215 Verwaltungswesen. Hier sollte Abhilfe geschaffen werden.

216

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

217

218

219 **Antrag Nr. 7 Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

220

221 **Betrifft: Auswanderung**

222

223 Der CDU Bezirksparteitag möge beschließen,

224

225 dass die CDU sich dafür einsetzt, dass Deutschland für qualifizierte und hochqualifizierte Menschen  
226 wieder Perspektiven zum Hierbleiben bietet.

227

228 Begründung:

229 Seit 2005 verlassen jährlich 140.000 gut qualifizierte Auswanderer das Land (Quelle Stat. Bundesamt)  
230 Ihre Ausbildung kostete unserer Volkswirtschaft Unsummen, die aber dem Land nicht mehr zugute-  
231 kommen.

232 Lehrer, Wissenschaftler, Mediziner aber auch hochqualifizierte Menschen aus anderen Berufen verlas-  
233 sen Deutschland, um lukrativere Stellen im Ausland anzunehmen.

234 Kultusministerin Susanne Eisenmann hat kürzlich in einer Veranstaltung in Waldshut erklärt, dass  
235 wegen zu später Einstellungszusagen viele Lehrer in die Schweiz abwandern, und auch die Wissen-  
236 schaftministerin Theresia Bauer hat erkannt, dass Wissenschaftler zunehmend Deutschland verlassen  
237 und in Gastländern tätig sind.

238 Hier müssen die Ursachen erforscht und Abhilfe geschaffen werden.

239

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

240